

Pressemeldung

13.07.2020

Ende des Kükentötens lange überfällig - Klöckner handelt zu spät

Laut Medienberichten will Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner das Töten von männlichen Küken nun doch gesetzlich verbieten. Der Deutsche Tierschutzbund hält diesen Schritt für lange überfällig und kritisiert Klöckners spätes Handeln.

„Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD versprochen, das millionenfache Töten von lebensfähigen, männlichen Küken bis zur Hälfte der Legislaturperiode zu beenden. Das war Oktober 2019. Passiert ist bisher nichts, den Vertragsbruch hat Frau Klöckner zu verantworten. Denn sie setzte darauf, dass die Geflügelwirtschaft das Töten freiwillig beendet. Ein Irrtum, vor dem wir immer gewarnt haben. Damit sind zwei entscheidende Jahre, in denen der Gesetzgeber hätte handeln müssen, vertan. Das hat mindestens 80 Millionen Küken den Tod gebracht“, kritisiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. „Hätte Klöckner direkt bei Amtsantritt gehandelt, wäre das Töten bereits beendet. Ihr verzweifelter Versuch, jetzt tätig zu werden, zeugt von Panik, als Ministerin ohne jegliche Tierschutzerfolge in die Geschichte einzugehen.“

Im Juni 2019 hatte das Bundesverwaltungsgericht Leipzig deutlich gemacht, dass das Kükentöten nicht mit dem Tierschutzgesetz und dem Staatsziel Tierschutz vereinbar ist. Weil Klöckner weiter darauf setzte, dass die Geflügelbranche dem Töten freiwillig ein Ende bereitet, liegt ein Ausstieg auch ein Jahr später in weiter Ferne. Trotz allem Verzug feiert die Ministerin die Förderung von Methoden zur Geschlechtererkennung im Ei als vermeintlichen Erfolg. Angestoßen wurde dies jedoch durch ihren Amtsvorgänger und die Methoden sind zum Teil als tierschutzwidrig einzustufen, weil bereits weit entwickelte und somit potentiell schmerzempfindungsfähige Embryonen getötet werden. Bis heute fehlt die notwendige Weichenstellung für einen grundsätzlichen Systemwechsel in Richtung Zweinutzungshuhn, um das Grundproblem der spezialisierten Hochleistungszucht zu lösen und somit eine tiergerechte und wirtschaftliche Aufzucht der Hähne zu ermöglichen.

Branche fordert Verlängerung

Die Geflügelbranche fordert laut Medienberichten für den Ausstieg aus dem Kükentöten sogar eine Verlängerung bis Juli 2023 - und hält sich dabei ein Hintertürchen offen. Denn nur wenn die Warenverfügbarkeit „ausreichend“ sei, wolle man bis dahin die im Lebensmitteleinzelhandel erhältlichen Eier umgestellt haben. Klöckner will darauf offenbar nicht eingehen. „Wir können nur hoffen, dass ihre plötzliche Härte nicht nur als Kettengerassel einzustufen ist“, sagt Schröder. „Schon zu lange wurde die Branche mit Samthandschuhen angefasst. Damit muss Schluss sein. Es darf keinen Monat Übergangsfristen mehr geben. Wir erwarten, dass Frau Klöckner mit dem angekündigten Gesetz das Ziel Zweinutzungshuhn klarstellt. Denn die Geschlechtererkennung im Ei beendet vielleicht das Kükentöten, aber die auf Hochleistung gezüchtete Henne leidet weiter im System.“

Mit freundlichen Grüßen

Pressestelle

Deutscher Tierschutzbund e.V.

In der Raste 10